**Die Linke im Kreisverband Heinsberg – Haushaltsrede 2018 zum
Etatentwurf 2019 des Kreises Heinsberg**

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger,

das Jahr neigt sich dem Ende zu und mit ihm das Haushaltsjahr 2018. Spätestens seit der letzten Ausschusssitzung in diesem Jahr steht fest, dass der Etatentwurf von der Mehrheit des Kreistages verabschiedet werden wird.

Verehrte Anwesende, ich stehe auch heute wieder vor Ihnen, weil ich mich meiner Aufgaben als Fraktionsvorsitzende verpflichtet fühle und sehr ernst nehme.

Ich, und auch mein Stellvertreter, Herr Ullrich Wiehagen, zusammen mit unserer Geschäftsführerin und unseren sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, verfolgen ein gemeinsames Ziel, nämlich den Menschen im Kreis Heinsberg Antworten und Lösungen zu geben, damit ihre Sorgen, Ängste und Nöte kleiner und nicht größer werden.

Spätestens mit der Einführung des sogenannten schlüssigen Konzepts und die sich daraus resultierenden Nachteile für unsere Bürgerinnen und Bürger, die auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind, stellen wir uns die Frage, wo die Solidargemeinschaft anfängt und wo sie aufhört.

Das unsere letzte Anfrage zum schlüssigen Konzept im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sehr umfangreich war, ist der Tatsache geschuldet, dass alle Fraktionen im Vorfeld dem schlüssigen Konzept zugestimmt haben, aber anscheinend ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein, die es für viele Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, haben wird.

Uns war und ist als Linkfraktion deshalb auch wichtig gewesen, unsere Fragen zum schlüssigen Konzept öffentlich behandelt zu wissen.

Als undemokratisch empfinden wir deshalb das Verhalten der sachkundigen Bürger, insbesondere des Fraktionsvorsitzenden der CDU Fraktion, der als selbsternannter „Hobbypolitiker“ meint, unser Anliegen nicht ernst nehmen zu müssen.

Wir fragen uns allerdings schon, wie ernst jemand Politik nimmt, der vorzeitig aus einer Sitzung verschwindet.

Wissen Sie, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, weil das Jobcenter mit einem sogenannten schlüssigen Konzept Wohnungen für sie unbezahlbar macht und sie gleichzeitig dazu auffordert, sich eine angemessene Wohnung zu suchen, die, wie wir wissen, am Wohnungsmarkt nicht zu finden ist, weil es sie schlicht nicht gibt, stellen wir uns die Frage nach Sinn und Zweck des schlüssigen Konzepts.

Schon zuvor mit dem Zuschlag von 10 Prozent auf die zu diesem Zeitpunkt geltende Wohngeldtabelle – der nach der Rechtsprechung des Sozialgerichts Aachen seit dem 01. Januar 2016 nach § 12 WoGG vorzunehmen sei – war und ist es schwierig, im Kreis Heinsberg angemessenen Wohnraum im unteren Segment zu bekommen.

Das vom Kreis Heinsberg in Auftrag gegebene schlüssige Konzept sollte laut der Firma InWis 5.496 Stichproben auf 10 Städte und Kommunen verteilt durchgeführt werden.

Das sind gerechnet auf 255.000 Einwohner gerade mal 2,16 Prozent.

Tatsächlich sind nur 1.720 sprich 0,67 Prozent brauchbare Fragebögen zurückgekommen. Das sind im Durchschnitt pro Gemeinde bzw. Stadt 172 Bögen, die verwendet werden konnten.

Wir fragen uns, wie schlüssig ist dieses Konzept, wenn selbst ein Richter des Bundesverfassungsgerichts, namentlich, Prof. Dr. Uwe Berlit, sagt, dass es nicht möglich sei ein schlüssiges Konzept für den ländlichen Raum zu erstellen.

Selbst das Bayerische Landessozialgericht hat jüngst ein schlüssiges Konzept verworfen mit der Aussage, dass mindestens 10 Prozent der infrage kommenden Wohnungen – aus dem unteren Segment – in ein schlüssiges Konzept eingeflossen sein müssen.

Mit einem 28.000 Euro teuren, von der Verwaltung genehmigten, und von den Fraktionen abgenickten und eingeführten Konzept lassen sich wahrscheinlich erhebliche Kosten zur Unterkunft sparen.

Zeigt aber einmal mehr, dass die soziale Kälte hier und deutschlandweit immer weiter um sich greift. Das Miteinander und Füreinander ist sehr fragil geworden – das ist eine nicht zu ignorierende Entwicklung.

Verehrter Herr Landrat, ist es nicht auch Ihre Aufgabe für alle Menschen im Kreis Heinsberg gleichermaßen da zu sein und für ein solidarisches Miteinander und Füreinander zu sorgen?

Sie schreiben in Ihrer Haushaltsrede, ich zitiere: Die Steuereinnahmen, vor allen von Bund und Ländern, bleiben weiterhin auf Rekordniveau.

Aber auch die meisten Städte und Gemeinden können sich hinsichtlich des Steueraufkommens nicht beklagen, Zitat ende.

Auch wenn der Arbeitskreis **„Steuerschätzungen“** die Erwartungen zu den kommunalen Steuereinnahmen bis 2022 gegenüber seiner Schätzung aus Mai 2018 auf aktuell um 1,8 Mrd. € nach unten korrigiert hat, im Ergebnis stehen wir immer noch gut da.

Aber, wie oft haben wir uns hier im Kreistag anhören müssen, dass das, was wir als Linke für unsere Bürgerinnen und Bürger fordern, finanziell nicht machbar sei.

Es trifft uns als Fraktion zutiefst, zu wissen, dass da draußen Menschen sind, die an der guten Haushaltslage im Kreis Heinsberg eben nicht partizipieren.

Lassen sie mich nochmals auf die Wohnsituation eingehen. Bundesweit fehlen mindestens vier Millionen Sozialwohnungen, davon die Hälfte in Großstädten. Tendenz steigend.

Betroffene sind vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen, Rentner*innen, Studierende, Alleinerziehende und Empfänger*innen von Sozialleistungen.

Doch auch Durchschnittsverdienende und selbst Menschen mit über durchschnittlichen Einkommen finden in vielen Städten und Ballungszentren kaum noch Wohnungen.

Unter der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt leiden vor allem Migrantinnen und Migranten oder Geflüchtete.

Es gibt außerdem einen erheblichen Mangel an barrierefreien Wohnungen für Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren.

Die Wohnungskrise - ausgelöst durch eine drei Jahrzehnte neoliberale Politik und die Auswirkungen der Finanzkrise – hat zwei zentrale Gründe.

Der noch vorhandene bezahlbare Wohnraum geht durch Mietsteigerungen, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und durch die auslaufenden Mietpreisbindungen von Sozialwohnungen verloren.

Gleichzeitig geht der Wohnungsneubau am Bedarf vorbei. Es wird zu teuer, an den falschen Orten werden zu viele Eigentumswohnungen gebaut.

Diese fatale Entwicklung ist die Folge von fast drei Jahrzehnten verfehlter Wohnungspolitik, die zwar viel Geld in die Hand nimmt, es aber falsch ausgibt.

Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahr 1990 bedeutete das Ende einer Politik, die mit gezielter steuerlicher Förderung auf hohem Niveau an staatlichen Investitionen einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor aufgebaut hat, der fast 20 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland umfasste.

Der Ausstieg geschah unter dem Vorwand, zum Wohle der Steuerzahlenden vermeintliche Verschwendungen öffentlicher Mittel zu beenden.

Der Markt, so hieß es, könne effektiver und kostengünstiger für den nötigen Wohnraum sorgen.

Das Gegenteil war der Fall. Von den damaligen insgesamt vier Millionen Sozialwohnungen sind heute nur noch rund 1,2 Millionen übrig.

Gleichzeitig hat insbesondere in den Städten der Rückgang staatlicher Investitionen dazu geführt, dass sich die Mietentwicklung völlig von den Einkommen entkoppelt hat.

Privatisierung und Deregulierung haben das Angebot günstiger Wohnungen in öffentliche oder gemeinwohlorientierter Hand zusätzlich extrem verknappt.

Das sogenannte schlüssige Konzept verschleierte diesen Zustand und verschlechterte zudem, insbesondere die Lebenssituation vieler Leistungsbezieher, dramatisch.

Deshalb halten wir das schlüssige Konzept als ein an der Realität vorbei entwickeltes Konstrukt, das nur dazu dient, Geld in die Kassen der Ersteller zu spülen.

Wussten Sie, dass mittlerweile fast 900.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung sind? Tendenz steigend. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich, befristet und können von ihrer Arbeit nicht richtig leben.

Immer mehr Menschen leben in Altersarmut und durch die vielen Niedriglöhner wird das in Zukunft dramatisch mehr werden.

Immer mehr Menschen sind verschuldet. 40 Prozent der Menschen in Deutschland haben weniger Einkommen als noch in den Neunzigerjahren. Es wird immer mehr vom Wohlstand abgekoppelt.

Herr Landrat, Sie schreiben in ihrer Haushaltsrede, ich zitiere: Die Entwicklung der Arbeitslosenquote im Kreis Heinsberg freut mich ganz besonders: Mit 4,9 Prozent sank diese im Kreis Heinsberg im Oktober 2018 auf ein Rekordtief. Vor einem Jahr betrug die Quote noch 5,3 Prozent, Zitat Ende.

Wir gehen davon aus, dass Sie die Zahlen aus der Statistik des Jobcenter Heinsberg herangezogen haben.

Was die Statistik nicht sagt, ist, dass über 58-Jährige, auch wenn sie immer noch arbeitslos gemeldet sind, nicht mehr in der Statistik aufgeführt werden.

Menschen, die sich in Maßnahmen befinden, finden sie ebenfalls nicht in der Statistik. Menschen, die vom Jobcenter dazu gedrängt werden, früher in Rente zu gehen und dabei empfindliche Abschlüsse hinnehmen müssen, finden sie da natürlich auch nicht.

Statistiken waren schon immer gut, Bilder zu zeichnen, die eben nicht die Realitäten abbilden.

Verehrter Herr Landrat, verehrte Damen und Herren, in Anbetracht der Tatsache, dass die Probleme in unserem Land und damit auch im Kreis Heinsberg nicht kleiner, sondern größer werden, fragen wir uns als Linkspartei, was geschehen wird, wenn die soziale Ungleichheit weiter zunimmt.

Immer mehr Menschen erkennen, dass etwas ziemlich schief läuft. Die jüngsten Ereignisse in Chemnitz und Köthen zeigen, dass die Stimmung sehr aufgeladen ist und dass der soziale Frieden massiv gestört ist und die Wähler in Konsequenz an den rechten Rand treibt. Muss es erst richtig krachen, damit ein Umdenken stattfindet?

Zum Schluss möchte ich dennoch drei positive Punkte erwähnen.

Besonders erfreut hat uns die Renaturierung des Myhler Bachs, der insbesondere dem persönlichen Einsatz von Frau Staigner der unten Wasserbehörde und Herr Desmon der unteren Naturschutzbehörde zu verdanken ist.

Im ÖPNV haben wir einiges erreicht. Mit der Nutzung des Fahrradbusses zu Beginn der Osterferien bis zum Ende der Herbstferien bieten wir ein attraktives Angebot – hier ist aber noch Luft nach oben.

Das Multibusangebot muss zwingend ausgebaut werden und sollte künftig schon dann fahren, wenn der Linienverkehr „Feierabend“ macht – also streckenweise schon ab 18 Uhr und nicht erst um 20 Uhr.

Der große Wurf, so finden wir, ist nicht gelungen, deshalb werden wir dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Gruß- und Schlusswort

Wir möchten allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises, allen hier Anwesenden, aber auch ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes sowie friedliches Neues Jahr wünschen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Silke Otten Fraktionsvorsitzende
Die Linke im Kreistag Heinsberg